



Von: Albert Rupprecht <albert.rupprecht@bundestag.de>

An: [REDACTED]

Betreff: Aktueller Newsletter MdB Albert Rupprecht

Datum: 22.03.2013 16:12

Anhang: header.jpg (image/jpeg)
teaser_berlin.jpg (image/jpeg)
unterschrift.jpg (image/jpeg)
header_wahlkreis.jpg (image/jpeg)
Euro_DW_Wirtschaft_1313784p.jpg (image/jpeg)
nBRKRettungswESB.jpg (image/jpeg)
Gruppenbild Mittelschule Eschenbach (2).jpg (image/jpeg)



Sehr geehrter Herr Oliver-Markus Vökl,

auch in dieser Woche möchte ich Sie wieder über meine Arbeit in Berlin informieren.

Diese Woche haben mich unter anderem folgende Themen beschäftigt:

IM BUNDESTAG IN BERLIN:

1. Mütterrente
2. Zypern
3. Gute Nachrichten für grenzüberschreitende Rettungsdienst
4. Mittelschule Eschenbach in Berlin

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

MEINE THEMEN IM WAHLKREIS

Mütterrente

Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, sollen in der Rente schrittweise mit denjenigen Frauen gleichgesetzt werden, deren Kinder nach 1992 geboren sind. Das bedeutet für die Mütter: **jährlich zusätzlich 330€ pro Kind**. Darauf haben sich die Spitzen der CSU und CDU in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm für die Bundtagswahl geeinigt. Es war der Wunsch der CSU, dass die Erziehungsleistung von Frauen aus einer Generation, in der noch nicht so gute Bedingungen der Kinderbetreuung vorhanden waren, bessere Anerkennung finden. Im ersten Schritt soll ein Erziehungsjahr angerechnet werden.

Zypern



Die Situation in Zypern hat uns in dieser Woche Ruhe und Entschlossenheit abverlangt. Die **Krise dort wurde von Banken ausgelöst, deshalb sollte es mit dem durch das Parlament in Zypern leider abgelehnten Vorschlag auch eine faire Lastenteilung von Eigentümern, Gläubigern und Einlegern der Banken an den Kosten geben.** Wer mit den oft hoch verzinsten zyprischen Geldanlagen Geld verdient, sollte auch einen Teil des Risikos tragen. Etwa die Hälfte der Einlagen in Zypern wird von nicht dort ansässigen Personen gehalten, es handelt sich also im Wesentlichen nicht um Kleinsparer, sondern um wohlhabende Einleger aus dem Ausland. Beim zyprischen Geschäftsmodell geht es auch nicht um die Kleinsparer, Zypern wollte und will keine Einlagenabgabe, um die Großanleger auch künftig im selben Umfang wie bislang zu behalten. Zypern hat nun - ohne die europäischen Partner oder die Troika einzubeziehen - einen neuen Vorschlag entwickelt. Dieser wirft viele Fragen auf und enthält Elemente, die für die Landesgruppe nicht verantwortlich sind. Wie man statt der einmaligen Abgabe auf hohe Einlagen die Verpfändung der Renten und Pensionen für eine gute Idee halten kann, erschließt sich kaum. Das Prinzip unserer Unterstützungspolitik in der EU-Staatsschuldenkrise liegt in der Bekämpfung der länderspezifischen Ursachen für die jeweilige Krise. Zypern lebt mit einem Bankensektor, der völlig überzogen ist und hat sich damit selbst in die jetzige Lage manövriert. Der aufgeblähte Bankensektor muss dort auf Normalmaß schrumpfen. Unser Vorschlag für ein Finanzhilfeprogramm dient nicht dazu, dass Zypern einfach weitermachen kann wie bisher.

Gute Nachrichten für grenzüberschreitende Rettungsdienste



Die Landkreise entlang der Grenze zur Tschechischen Republik warten seit langem darauf - eine vertraglich Grundlage für grenzüberschreitende Rettungseinsätze in Notfällen. Nun liegt diese vor und wird am 4. April 2013 von den Gesundheitsministern aus Deutschland und Tschechien unterzeichnet. Das Bundesministerium für Gesundheit und das Tschechische Gesundheitsministerium haben ein Rahmenabkommen ausgehandelt, dass es **deutschen und tschechischen Rettungskräfte ermöglicht, Menschen in Notfällen auf beiden Seiten der Grenze schnell und zuverlässig helfen zu können**. Das Abkommen hebt alle Grenzüberschreitungbarrieren für Rettungspersonal und Rettungsfahrzeuge (inkl. Hubschrauber) für die Notsituation auf.

Künftig soll derjenige Rettungsdienst helfen, der dem Unfallort am nächsten ist. Zudem können Patienten durch den Rettungsdienst in die nächstgelegene und geeignete Gesundheitseinrichtung gebracht werden, unabhängig davon, auf welcher Seite der Grenze sich diese befindet. Die Qualifikationen des Rettungspersonals werden gegenseitig anerkannt. Die Ausrüstung der Rettungsteams wird durch das Rahmenabkommen gegenseitig zugelassen. Außerdem wird eine Verpflichtung zur Haftpflichtversicherung für Personal und Fahrzeuge vorgeschrieben. Das Rahmenabkommen sieht vor, dass die für den Rettungsdienst zuständigen Ministerien in Bayern und Sachsen mit den zuständigen Regionalverwaltungen in Tschechien Kooperationsvereinbarungen abschließen. Diese sollen die Details der Zusammenarbeit regeln.

[Mittelschule Eschenbach in Berlin](#)



Diese Woche war die Mittelschule Eschenbach bei mir in Berlin zu Gast. Zusammen haben wir eine parlamentarische Debatte simuliert: Soll es lieber ein Mc Donalds oder ein Burger King in Eschenbach geben?! Die Fahrt organisiert hatte die Lehrer, Frau Katharina Achtert, Herr Thomas Schmidt und Günther Wiehle.

Es war wieder eine abwechslungsreiche Woche mit vielen spannenden Themen. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein schönes Wochenende. Vielleicht lässt sich die Sonne ja auch mal wieder blicken.

Wenn Sie diesen Newsletter abbestellen möchten, klicken Sie [HIER](#)

Verantwortlich für den Inhalt:

Albert Rupprecht, MdB
Erhardstraße 1
92637 Weiden in der Oberpfalz

Tel.: 0961 / 38965-41
Fax: 0961 / 38965-45

Albert, Rupprecht, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227 72 366
Fax: 030/227 76366